

PRESSEMITTEILUNG

Jahresgutachten 2019/20: Den Strukturwandel meistern

- Der Sachverständigenrat hat heute der Bundesregierung sein Jahresgutachten überreicht, das seinen ersten Bericht als Nationaler Ausschuss für Produktivität enthält.
- Angesichts der verhaltenen konjunkturellen Aussichten und des Strukturwandels ist die Wirtschaftspolitik gefordert, das Wachstumspotenzial der deutschen Volkswirtschaft zu stärken.
- Das reale Bruttoinlandsprodukt (BIP) wächst im Jahr 2019 in Deutschland voraussichtlich um 0,5 % und im Jahr 2020 um 0,9 % (kalenderbereinigt jeweils 0,5 %).

Wiesbaden, 06.11.2019 – Der Sachverständigenrat hat heute sein Jahresgutachten mit dem Titel „Den Strukturwandel meistern“ an die Bundesregierung überreicht. „Um die Chancen des Strukturwandels zu ergreifen, muss Deutschland seine Wirtschafts- und Industriepolitik nicht neu erfinden, sondern weiterentwickeln“, erläutert Christoph M. Schmidt, Vorsitzender des Sachverständigenrates.

Konjunkturelle Aussichten

Der Aufschwung ist beendet, bislang ist jedoch nicht von einer breiten und tiefgehenden Rezession auszugehen. Die schwache wirtschaftliche Dynamik wird sich voraussichtlich mindestens bis in das kommende Jahr ziehen. Das reale BIP wächst im laufenden Jahr nach Prognose des Sachverständigenrates um 0,5 % und im Jahr 2020 um 0,9 % (kalenderbereinigt jeweils 0,5 %).

Die Geldpolitik ist bereits sehr expansiv. Es wäre besser gewesen, wenn die EZB auf weitere Staatsanleihekäufe verzichtet hätte, da diese Politik erhebliche Risiken, etwa für die Finanzstabilität, mit sich bringen kann. Die deutsche Fiskalpolitik ist bereits expansiv. Ein zusätzliches Konjunkturpaket ist nicht notwendig. Vielmehr geht es darum, die automatischen Stabilisatoren wirken zu lassen. Die Schuldenbremse schließt dafür eine Neuverschuldung nicht aus und lässt Spielräume für eine Erhöhung der öffentlichen Investitionen.

Anhaltend schwache Produktivitätsentwicklung

Die Produktivität wächst in Deutschland und vielen entwickelten Volkswirtschaften seit Jahren nur schwach. Einige Faktoren, die das niedrige Produktivitätswachstum erklären, sind der demografische Wandel, der verhaltene Einsatz neuer Technologien, eine geringe Unternehmensdynamik sowie eine schwache Investitionstätigkeit.

Stärkung des Strukturwandels, Abfederung seiner Konsequenzen

Die Unternehmensdynamik in Deutschland ist zurückgegangen, was sich an einer deutlichen Abnahme der Gründungen und Schließungen von Unternehmen und Betrieben zeigt. Die Politik ist deshalb gefordert, attraktive Rahmenbedingungen zu setzen, die unternehmerisches Handeln und Innovationsfähigkeit fördern. Dazu gehören der Abbau von Markteintrittsbarrieren und von Defiziten bei der Gründungsfinanzierung sowie die Förderung lebenslangen Lernens.

Negative Auswirkungen des Strukturwandels werden in Deutschland durch Sozial- und Regionalpolitik abgefedert. So weist Deutschland einen hohen Grad an Umverteilung auf. Die Einkommensungleichheit, gemessen am Gini-Koeffizienten der Nettoeinkommen, ist seit dem Jahr 2005 nicht signifikant gestiegen, obwohl Zuwanderung vor allem in den unteren Einkommensbereichen stattgefunden hat.

Förderung von Forschung und Innovation

Moderne Industrie- und Regionalpolitik sind vor allem als Forschungs- und Innovationspolitik zu verstehen. „Industriepolitik ist sektor- und technologieunabhängig auszugestalten sowie regelmäßig zu evaluieren“, erläutert Christoph M. Schmidt. Eine missionsorientierte Industriepolitik bietet die Möglichkeit, große, gesellschaftlich relevante Ziele zu verfolgen, wie etwa die Treibhausgasneutralität in Europa bis zum Jahr 2050.

Für die Skalierung digitaler Geschäftsmodelle ist ein einheitlicher europäischer Markt wichtig. Dazu kann die Strategie für einen digitalen europäischen Binnenmarkt und die Vollendung des Binnenmarkts für Dienstleistungen Chancen eröffnen. Die Banken- und Kapitalmarktunion könnten den Zugang zu Wagniskapital verbessern und Hürden für grenzüberschreitende Fusionen reduzieren. Die Risiken aus den Geschäftsaktivitäten neuer Marktteilnehmer, etwa FinTechs und BigTechs, sind angemessen zu regulieren, ohne Innovationen zu bremsen.

Ausbau und Nutzung der Potenziale am Arbeitsmarkt

Bildung ist eine Voraussetzung, um die Einkommensmobilität und Chancengerechtigkeit zu erhöhen. Besonders bedeutsam sind die frühkindliche Bildung und das lebenslange Lernen. Ungenutzte Potenziale können dadurch gehoben werden, dass Frauen und ältere Personen sich stärker am Arbeitsmarkt beteiligen. Um Arbeitsanreize für Personen mit niedrigem Arbeitseinkommen zu schaffen, ist es sinnvoll, die Instrumente der Grundsicherung besser aufeinander abzustimmen.

Steigerung der privaten und öffentlichen Investitionen

Voraussetzungen für private Investitionen sind verlässliche wirtschaftspolitische Rahmenbedingungen, wie eine funktionierende Infrastruktur und komplementäre öffentliche Ausgaben, etwa im Bereich der Bildung. Zudem sollten Unsicherheiten über die Zukunft des globalen Freihandels oder die Klima- und Energiepolitik reduziert werden, um die Planbarkeit für Unternehmen zu verbessern und Investitionshemmnisse auszuräumen.

Internationale Koordination

Viele der Herausforderungen für Deutschland bedürfen einer international koordinierten Antwort. Insbesondere bei Forschung und Entwicklung und beim Klimaschutz sollte eine internationale, insbesondere europäische, Koordination vorangetrieben werden. Hingegen wäre es der falsche Weg, auf weltweit protektionistische Tendenzen mit eigenem Protektionismus zu reagieren, etwa durch Abschottung über das Wettbewerbsrecht oder durch strategische Interventionen gegen ausländische Wettbewerber.

Wirtschaftliche Eckdaten für Deutschland

| | Einheit | 2017 | 2018 | 2019 ¹ | 2020 ¹ |
|--|---------|--------|--------|-------------------|-------------------|
| Bruttoinlandsprodukt ^{2,3} | % | 2,5 | 1,5 | 0,5 | 0,9 |
| Bruttoinlandsprodukt, kalenderbereinigt ^{2,3} | % | 2,8 | 1,5 | 0,5 | 0,5 |
| Bruttoinlandsprodukt je Einwohner ^{2,3,4} | % | 2,1 | 1,2 | 0,2 | 0,7 |
| Leistungsbilanzsaldo ⁵ | % | 8,1 | 7,3 | 6,9 | 6,4 |
| Erwerbstätige | Tausend | 44 248 | 44 854 | 45 225 | 45 360 |
| Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte | Tausend | 32 234 | 32 964 | 33 424 | 33 641 |
| Registriert Arbeitslose | Tausend | 2 533 | 2 340 | 2 272 | 2 317 |
| Arbeitslosenquote ⁶ | % | 5,7 | 5,2 | 5,0 | 5,1 |
| Verbraucherpreise ³ | % | 1,5 | 1,8 | 1,5 | 1,6 |
| Finanzierungssaldo des Staates ⁷ | % | 1,2 | 1,9 | 1,4 | 0,5 |

1 - Prognose des Sachverständigenrates. 2 - Preisbereinigt. 3 - Veränderung zum Vorjahr. 4 - Bevölkerungsentwicklung gemäß Mittelfristprojektion des Sachverständigenrates. 5 - In Relation zum nominalen BIP. 6 - Registriert Arbeitslose in Relation zu allen zivilen Erwerbspersonen. 7 - In Relation zum nominalen BIP; Gebietskörperschaften und Sozialversicherung in der Abgrenzung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen.

Quellen: Bundesagentur für Arbeit, Statistisches Bundesamt, eigene Berechnungen

© Sachverständigenrat | 19-386

Der Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung ist ein unabhängiges Gremium der wirtschaftswissenschaftlichen Politikberatung. Er wurde 1963 gegründet und besteht aus fünf Mitgliedern: Prof. Dr. Christoph M. Schmidt, Prof. Dr. Dr. h.c. Lars P. Feld, Prof. Dr. Isabel Schnabel, Prof. Dr. Achim Truger und Prof. Volker Wieland, Ph.D. Mit seinen Gutachten soll das Gremium zur Urteilsbildung bei allen wirtschaftspolitisch verantwortlichen Instanzen sowie der Öffentlichkeit beitragen.

Weitere Informationen über den Sachverständigenrat und seine Publikationen unter www.sachverstaendigenrat-wirtschaft.de oder folgen Sie uns auf Twitter [@SVR_Wirtschaft](https://twitter.com/SVR_Wirtschaft).

Pressekontakt:

Nadine Winkelhaus
Referentin Presse- und Öffentlichkeitsarbeit
Telefon: 0611 75-3110
presse@svr-wirtschaft.de